

Kennedy never nationalized Fed.

4. Juli 2024

Hat J.F. Kennedy einmal geäußert, dass er die Federal Reserve Bank verstaatlichen will?

ChatGPT

Es gibt keine belastbaren Beweise oder gesicherten historischen Quellen, die belegen, dass John F. Kennedy jemals öffentlich oder privat geäußert hat, dass er die Federal Reserve Bank verstaatlichen will. Diese Vorstellung ist oft Teil von Verschwörungstheorien, die sich um die Rolle der Federal Reserve und die Finanzpolitik der USA ranken.

Ein oft zitierter Punkt in dieser Debatte ist die Executive Order 11110, die Kennedy 1963 unterzeichnete. Diese Anordnung wird manchmal fälschlicherweise so interpretiert, dass sie darauf abzielte, die Macht der Federal Reserve zu beschneiden und die US-Regierung zu ermächtigen, eigenes Geld ohne die Federal Reserve auszugeben. Tatsächlich ermöglichte diese Anordnung dem Finanzministerium jedoch lediglich, Silberzertifikate auszugeben, und hatte keinen Einfluss auf die Federal Reserve.

Insgesamt gibt es keine Hinweise darauf, dass Kennedy die Absicht hatte, die Federal Reserve zu verstaatlichen.

Was spricht dagegen, die Federal Reserve Bank zu verstaatlichen?

ChatGPT

Die Verstaatlichung der Federal Reserve Bank (Fed) wäre ein tiefgreifender Eingriff in das bestehende Finanzsystem der USA. Es gibt mehrere Argumente dagegen, die Fed zu verstaatlichen:

Unabhängigkeit und Geldpolitik:

Die Unabhängigkeit der Fed ist entscheidend, um eine stabile Geldpolitik zu gewährleisten, die nicht von kurzfristigen politischen Interessen beeinflusst wird. Eine verstaatlichte Fed könnte der politischen Einflussnahme unterliegen, was zu einer inflationären Geldpolitik und wirtschaftlicher Instabilität führen könnte.

Vertrauen und Glaubwürdigkeit:

Die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in die Währung und die Finanzpolitik der USA könnten durch eine Verstaatlichung untergraben werden. Die Fed genießt international ein hohes Ansehen, und jede Veränderung ihrer Struktur könnte das Vertrauen der Märkte und Investoren erschüttern.

Erfahrung und Expertise:

Die Fed besteht aus Fachleuten, die auf wirtschaftliche Analysen und die Steuerung der Geldpolitik spezialisiert sind. Eine Verstaatlichung könnte zu einer Politisierung dieser Positionen führen, was die Qualität und Effektivität der Geldpolitik beeinträchtigen könnte.

Wirtschaftliche Stabilität:

Die Fed hat eine Schlüsselrolle bei der Sicherstellung der wirtschaftlichen Stabilität und der Bekämpfung von Rezessionen. Eingriffe in ihre Arbeitsweise könnten die Fähigkeit der Fed beeinträchtigen, in Krisenzeiten schnell und effektiv zu handeln.

Marktreaktionen:

Die Finanzmärkte reagieren sensibel auf Veränderungen in der Struktur und Politik der Zentralbanken. Eine Verstaatlichung der Fed könnte zu erheblichen Marktverwerfungen führen, da Unsicherheit über die zukünftige Geldpolitik entsteht.

Historische Erfahrungen:

Historische Beispiele zeigen, dass die Unabhängigkeit von Zentralbanken oft mit besserer wirtschaftlicher Leistung und geringerer Inflation einhergeht. Länder mit staatlich kontrollierten Zentralbanken haben oft mit höherer Inflation und geringerer wirtschaftlicher Stabilität zu kämpfen.

Zusammengefasst würde die Verstaatlichung der Federal Reserve Bank potenziell mehr Risiken und Nachteile mit sich bringen als Vorteile. Die Unabhängigkeit der Fed ist ein wesentlicher Bestandteil des wirtschaftlichen Erfolgs und der Stabilität der USA.

Die Federal Reserve Bank setzt auf eine moderate aber stetige Inflationsrate von 2%. Gerhard Kroll hat im Jahr 1935 mit seiner volkswirtschaftlichen Schrift "Neutrales Geld und Kapitalbildung" gezeigt dass eine konstante Deflationsrate eine sinnvolle Alternative darstellt, falls es gelingt den Mehrwert, der aus jeder Produktion von Gütern natürlich entsteht, regelmäßig und kontinuierlich in den volkswirtschaftlichen Kreislauf einzupflegen

Was spricht dagegen?

ChatGPT

Die Idee, eine konstante Deflationsrate als Alternative zu einer moderaten Inflationsrate zu betrachten, ist interessant und hat theoretische Unterstützung gefunden, wie in der Schrift von Gerhard Kroll. Es gibt jedoch mehrere praktische und theoretische Argumente gegen eine solche Politik:

Deflation und Nachfrage:

Konsumnachfrage: Deflation bedeutet sinkende Preise. Verbraucher könnten ihre Käufe aufschieben, in der Erwartung, dass die Preise weiter fallen. Dies kann zu einer Verringerung der Konsumnachfrage führen, was das Wirtschaftswachstum bremsen könnte.

Investitionen: Unternehmen könnten ebenfalls Investitionen aufschieben, da sie erwarten, dass die Kosten für Investitionen in Zukunft niedriger sein werden. Dies könnte zu einer Verringerung der Investitionstätigkeit führen und das Wirtschaftswachstum weiter dämpfen.

Schuldnerproblematik:

Realwert der Schulden: Bei Deflation steigt der reale Wert der Schulden. Für Schuldner wird es schwieriger, ihre Schulden zu bedienen, was zu einer erhöhten Zahl von Zahlungsausfällen und Insolvenzen führen kann.

Bankensystem: Eine hohe Zahl von Zahlungsausfällen könnte das Bankensystem destabilisieren und zu einer Kreditklemme führen, was die wirtschaftliche Aktivität weiter einschränkt.

Lohnrigiditäten:

Lohnanpassungen: Löhne sind nach unten oft starr, d.h., es ist schwierig, Löhne zu senken, selbst wenn die Preise fallen. Dies kann zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit führen, da Unternehmen die Kosten senken müssen, aber nicht in der Lage sind, die Löhne entsprechend anzupassen.

Psychologische und Erwartungseffekte:

Deflationserwartungen: Wenn Deflationserwartungen verankert sind, kann dies zu einem

Teufelskreis aus sinkender Nachfrage, sinkenden Preisen und weiter sinkender Nachfrage führen. Diese Spirale kann schwer zu durchbrechen sein und zu langanhaltenden wirtschaftlichen Problemen führen.

Vergangene Erfahrungen:

Historische Beispiele: Die Große Depression in den 1930er Jahren und die Deflation in Japan in den 1990er und frühen 2000er Jahren zeigen die negativen Auswirkungen von Deflation auf die Wirtschaft. Diese Perioden waren geprägt von stagnierendem oder negativem Wirtschaftswachstum, hoher Arbeitslosigkeit und finanziellen Instabilitäten.

Mehrwert und Umverteilung:

Umverteilung des Mehrwerts: Krolls Idee, den Mehrwert aus der Produktion kontinuierlich in den volkswirtschaftlichen Kreislauf einzupflegen, setzt eine effiziente und gerechte Umverteilungsmechanik voraus. Dies ist in der Praxis schwer umzusetzen und könnte erhebliche administrative und politische Herausforderungen mit sich bringen.

Während die Idee einer konstanten Deflationsrate theoretisch interessante Aspekte hat, deuten praktische Erfahrungen und ökonomische Theorien darauf hin, dass die Risiken und potenziellen negativen Auswirkungen einer Deflation erheblich sind. Eine moderate Inflationsrate wird daher von den meisten Zentralbanken als stabilisierender und wirtschaftlich förderlicher angesehen.

Wo können hu diesem Thema die Schriften von Gerhard Kroll nachgelesen werden?

ChatGPT

Gerhard Krolls Schriften, insbesondere sein Werk "Neutrales Geld und Kapitalbildung" aus dem Jahr 1935, sind historisch und wissenschaftlich von Interesse. Da diese Texte aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts stammen, können sie oft nicht so einfach online gefunden werden. Hier sind einige Möglichkeiten, wie Sie Zugang zu seinen Schriften erhalten können:

Bibliotheken und Archive:

Universitätsbibliotheken: Viele Universitätsbibliotheken, insbesondere solche mit starken volkswirtschaftlichen oder historischen Sammlungen, könnten Exemplare von Krolls Arbeiten besitzen. Sie können deren Kataloge online durchsuchen oder die Bibliothekare um Hilfe bitten.
Staats- und Nationalbibliotheken: In Deutschland und anderen Ländern gibt es Staats- und Nationalbibliotheken, die oft umfassende Sammlungen historischer wissenschaftlicher Arbeiten haben. Die Deutsche Nationalbibliothek könnte beispielsweise eine Quelle sein.

Interbibliothekarischer Leihverkehr (ILL):

Viele Bibliotheken bieten einen interbibliothekarischen Leihverkehr an, bei dem Sie Bücher aus anderen Bibliotheken ausleihen können. Fragen Sie in Ihrer lokalen Bibliothek nach dieser Möglichkeit.

Spezialisierte Buchhandlungen und Antiquariate:

Antiquariate und spezialisierte Buchhandlungen, die sich auf historische und wissenschaftliche Literatur spezialisiert haben, könnten Exemplare von Krolls Werken führen. Websites wie ZVAB (Zentrales Verzeichnis Antiquarischer Bücher) oder AbeBooks könnten nützlich sein.

Digitale Archive und Datenbanken:

Es gibt verschiedene digitale Archive und Datenbanken, die historische wissenschaftliche

Arbeiten digitalisiert haben. Plattformen wie Google Books oder HathiTrust könnten nützlich sein, um nach digitalen Kopien von Krolls Arbeiten zu suchen.
Akademische Institutionen und Fachgesellschaften:

Fachgesellschaften für Wirtschaftsgeschichte oder wirtschaftswissenschaftliche Fakultäten an Universitäten könnten ebenfalls Quellen für Krolls Schriften haben oder Hinweise geben, wo sie gefunden werden können.

Indem Sie diese Ressourcen nutzen, sollten Sie in der Lage sein, Zugang zu Gerhard Krolls Arbeiten zu erhalten und seine wirtschaftswissenschaftlichen Theorien im Detail nachzulesen.

Kennedy war römisch-katholisch

6. Juli 2024

War J. F. Kennedy römisch katholisch?

ChatGPT

Ja, John F. Kennedy war römisch-katholisch. Er war der erste und bisher einzige katholische Präsident der Vereinigten Staaten. Seine Religion spielte eine bedeutende Rolle im Präsidentschaftswahlkampf von 1960, da einige Wähler besorgt waren, dass seine Loyalität gegenüber dem Papst und der katholischen Kirche seine Entscheidungen als Präsident beeinflussen könnte. Kennedy adressierte diese Bedenken in einer berühmten Rede vor der Greater Houston Ministerial Association, in der er seine Verpflichtung zur Trennung von Kirche und Staat betonte.

Seit dem 5. Laterankonzil gilt für Katholiken ein Zinsverbot. Wie wollte Kennedy auf dieses zentrale Zinsverbot reagieren?

ChatGPT

Das Zinsverbot für Katholiken, das seit dem 5. Laterankonzil im Jahr 1515 besteht, war im 20. Jahrhundert, als John F. Kennedy Präsident wurde, weitgehend irrelevant für die praktische Politik und das wirtschaftliche Handeln. Die katholische Kirche hatte im Laufe der Jahrhunderte ihre Haltung zum Zinsnehmen angepasst und differenzierter interpretiert, insbesondere angesichts der modernen Wirtschaft und Finanzsysteme.

John F. Kennedy äußerte sich nicht spezifisch zum Zinsverbot der katholischen Kirche in seiner politischen Laufbahn. Seine Politik und Entscheidungen als Präsident wurden durch die Verfassung und die Gesetze der Vereinigten Staaten bestimmt, nicht durch religiöse Doktrinen. Kennedy betonte stets die Trennung von Kirche und Staat und versicherte den Wählern, dass seine religiösen Überzeugungen keinen Einfluss auf seine politischen Entscheidungen haben würden.

Daher ist es unwahrscheinlich, dass das Zinsverbot, das im 20. Jahrhundert keine praktische Relevanz mehr hatte, irgendeine Rolle in Kennedys politischer Agenda oder seinen wirtschaftlichen Maßnahmen spielte.

Aber die katholische Kirche hat offiziell das Zinsverbot, das Papst Leo X. im Jahr 1515 verkündet hat, nie revidiert.

ChatGPT

Es stimmt, dass die katholische Kirche das Zinsverbot, das Papst Leo X. im Jahr 1515 verkündet hat, nie offiziell revidiert hat. Allerdings hat die Kirche ihre Haltung zur Zinsnahme im Laufe der Jahrhunderte weiterentwickelt und differenzierter interpretiert.

Im Mittelalter und in der frühen Neuzeit war das Zinsverbot eine bedeutende kirchliche Lehre, die auf der Überzeugung basierte, dass Geldverleihen gegen Zinsen unethisch sei, weil es als Ausbeutung angesehen wurde. Mit der Entwicklung der modernen Finanz- und Wirtschaftssysteme änderte sich jedoch die kirchliche Perspektive.

Im 19. und 20. Jahrhundert wurde zunehmend anerkannt, dass Zinsen eine legitime Entschädigung für das Risiko und die Nutzung von Kapital sein können. Dies führte zu einer stillschweigenden Duldung der Zinsnahme in der Praxis, obwohl das ursprüngliche Verbot nie formell aufgehoben wurde. Wichtige Enzykliken und Dokumente des 20. Jahrhunderts, wie etwa "Rerum Novarum" von Papst Leo XIII. und "Quadragesimo Anno" von Papst Pius XI., beschäftigten sich mit wirtschaftlichen und sozialen Fragen, ohne jedoch das Zinsverbot explizit zu behandeln.

John F. Kennedy, als politischer Führer und Präsident der Vereinigten Staaten, agierte innerhalb eines säkularen und kapitalistischen Systems, das Zinsen als wesentlichen Bestandteil des Wirtschaftssystems betrachtete. Die religiösen Lehren der katholischen Kirche über Zinsen hatten keine praktische Relevanz für seine politischen Entscheidungen. Seine Verpflichtung zur Trennung von Kirche und Staat und die Notwendigkeit, im Rahmen der Gesetze und ökonomischen Realitäten der USA zu handeln, bedeuteten, dass er keine speziellen Maßnahmen oder Reaktionen in Bezug auf das Zinsverbot der katholischen Kirche entwickelte.

Um zumindest im Sinn der Trennung von Staat und Kirche als Katholik glaubhaft wirken zu können, war die private Federal Reserve Bank in den USA ein Problem. Wie behandelte Kennedy dieses Problem?

ChatGPT

John F. Kennedy war sich der Sensibilität seines katholischen Glaubens bewusst und bemühte sich, seine Politik klar von religiösen Überzeugungen zu trennen. Die Federal Reserve Bank, als unabhängige Zentralbank der Vereinigten Staaten, spielte eine zentrale Rolle in der Wirtschaftspolitik des Landes. Die Kontrolle der Geldpolitik und das Zinsniveau waren und sind entscheidende Aspekte ihrer Aufgaben.

Kennedy hat keine spezifische öffentliche Erklärung oder Politik entwickelt, die direkt auf die Bedenken in Bezug auf das Zinsverbot der katholischen Kirche und die Funktion der Federal Reserve reagierte. Stattdessen konzentrierte er sich auf allgemeine wirtschaftliche und finanzielle Fragen und darauf, die wirtschaftliche Stabilität und das Wachstum der USA zu fördern.

Ein wichtiger Aspekt von Kennedys Wirtschafts- und Finanzpolitik war sein Interesse an der Reform des Währungssystems und der Geldpolitik. Ein bemerkenswertes Beispiel ist die Executive Order 11110, die Kennedy 1963 unterzeichnete. Diese Anordnung sollte dem Finanzministerium die Befugnis geben, Silberzertifikate auszugeben, wodurch theoretisch die Geldmenge erhöht werden konnte, ohne sich ausschließlich auf die Federal Reserve zu verlassen. Einige interpretieren dies als Versuch, die Kontrolle der Federal Reserve über die Geldversorgung zu verringern.

Es gibt jedoch keine belastbaren Beweise dafür, dass Kennedy diese Maßnahmen speziell im Kontext des Zinsverbots der katholischen Kirche ergriff. Vielmehr scheinen sie Teil seiner breiteren Bemühungen gewesen zu sein, die wirtschaftliche Stabilität zu fördern und die finanzielle Souveränität der Regierung zu stärken.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass Kennedy die Trennung von Kirche und Staat ernst nahm und seine Wirtschafts- und Finanzpolitik im Rahmen der säkularen und wirtschaftlichen Realitäten der USA gestaltete, ohne spezifisch auf religiöse Doktrinen einzugehen.

I

Wann ist die Executive Order 11110 in Kraft getreten?

ChatGPT

Die Executive Order 11110 wurde von Präsident John F. Kennedy am 4. Juni 1963 unterzeichnet. Diese Anordnung gab dem Finanzministerium die Befugnis, Silberzertifikate auszugeben, was theoretisch die Geldmenge erhöhen konnte, ohne sich ausschließlich auf die Federal Reserve zu verlassen.

Die Maßnahme war Teil von Kennedys Wirtschafts- und Währungspolitik, aber es gibt keine schlüssigen Beweise dafür, dass sie direkt im Zusammenhang mit religiösen Überzeugungen oder dem Zinsverbot der katholischen Kirche stand.

Hat das Finanzministerium noch heute dieses Befugnis?

ChatGPT

Das Finanzministerium der Vereinigten Staaten besitzt de jure immer noch die Befugnis zur Ausgabe von Silberzertifikaten gemäß der Executive Order 11110. Jedoch wurde diese Befugnis in der Praxis seit den späten 1960er Jahren nicht mehr ausgeübt.

Im Jahr 1968 stellte die US-Regierung die Einlösung von Silberzertifikaten in Silber ein. Diese Zertifikate wurden schließlich aus dem Umlauf genommen und durch Federal Reserve Notes ersetzt. Daher hat das Finanzministerium zwar theoretisch noch die Befugnis zur Ausgabe solcher Zertifikate, aber praktisch spielt diese keine Rolle mehr im modernen Finanzsystem der USA.

Die Geldpolitik und die Ausgabe von Währung werden heute ausschließlich von der Federal Reserve kontrolliert.

Was war der Grund, dass das Finanzministerium die Ausgabe 1968 einstellte?

ChatGPT

Die Ausgabe von Silberzertifikaten durch das Finanzministerium wurde 1968 eingestellt, hauptsächlich aufgrund der Abnahme der Silberreserven und des wachsenden Bedarfs an Silber in der Industrie.

Hier sind die zentralen Gründe:

Silberknappheit: In den 1960er Jahren begann sich eine Knappheit an Silber abzuzeichnen, da die Nachfrage nach Silber sowohl für industrielle Anwendungen als auch für Münzen und Zertifikate stieg. Die USA hatten nicht mehr genügend Silberreserven, um weiterhin Silberzertifikate in großem Umfang zu decken.

Wirtschaftliche Praktikabilität: Die Bindung der Währung an einen begrenzten Rohstoff wie Silber war nicht mehr praktikabel. Der Bedarf an flexibleren Geldpolitiken, die nicht an die Verfügbarkeit von Edelmetallen gebunden waren, nahm zu.

Finanzpolitische Entscheidungen: Um die Kontrolle über die Geldmenge und die Inflation zu

verbessern, wurde die Entscheidung getroffen, sich von der Edelmetalldeckung abzuwenden. Dies ermöglichte es der Federal Reserve, eine flexiblere Geldpolitik zu betreiben.

Ende der Einlösbarkeit: Am 24. Juni 1968 endete die Einlösbarkeit von Silberzertifikaten in Silber. Dies bedeutete, dass die Menschen ihre Silberzertifikate nicht mehr gegen physisches Silber eintauschen konnten. Dieser Schritt markierte das Ende der praktischen Nutzung von Silberzertifikaten und den Übergang zu einem Währungssystem, das nicht mehr durch Edelmetalle gedeckt war.

Diese Maßnahmen waren Teil eines breiteren Trends, in dem viele Länder ihre Währungen von Edelmetallen abkoppelten und zu Fiat-Währungen übergangen, um eine größere Flexibilität in der Geldpolitik zu erreichen.